

K1

Inhaltlicher Antrag

Initiator*innen: LDK (dort beschlossen am: 25.04.2026)

Titel: Solidarität mit der Roten Hilfe!

Zur Weiterleitung an den Landesparteitag der SPD Sachsen.

Antragstext

1 Als Jusos und SPD sind wir uns der Kraft der Solidarität bewusst. Sie vereint
2 und stärkt uns. Egal, ob bei der Aktion oder gemeinsam am Streikposten.
3 Gleichzeitig steht Solidarität zunehmend unter Druck – durch staatliche
4 Repression, durch rechte und autoritäre Kräfte sowie durch soziale Angriffe, die
5 kollektive Sicherheiten untergraben. Das zeigt sich etwa in der Verfolgung und
6 Auslieferung antifaschistischer Aktivist*innen, in Repressionen im Kontext von
7 Demonstrationen oder in Angriffen auf den Sozialstaat.

8 Umso entscheidender sind funktionierende solidarische Strukturen, die Betroffene
9 schützen und politisches Engagement absichern. Anti-Repressionsstrukturen sind
10 ein zentraler Bestandteil einer lebendigen antifaschistischen und linken
11 Infrastruktur. Dafür steht auch die Rote Hilfe.

12 Sie organisiert Solidarität für von Repression Betroffene, unterstützt nach
13 Demonstrationen und politischen Aktionen und stärkt durch Rechtshilfe und
14 Begleitung die kollektive Handlungsfähigkeit der politischen Linken. Als Teil
15 der gesellschaftlichen Linken müssen auch wir uns zur Solidarität untereinander
16 und zur Roten Hilfe als Solidaritätsorganisation bekennen. Politischer
17 Aktivismus ist für die aktive Juso-Arbeit unerlässlich, erfordert aber
18 verlässliche Rückendeckung. Die Rote Hilfe zeigt sich auch uns gegenüber immer
19 wieder solidarisch und leistet unverzichtbare Arbeit, beispielsweise durch die
20 Bereitstellung des Ermittlungsausschusses rund um den 13. Februar in Dresden
21 oder bei CSDs im Hinterland.

22 Wir leben in einer Zeit, in der ein aggressives Framing bezüglich vermeintlich
23 linksradikalen Akteuren betrieben wird (von seitens Politik und Medien) und eine
24 Bundesbildungsministerin Demokratieförderprojekte nicht mehr finanzieren will,
25 weil sie ihr zu links seien und Vielfalt nicht im Sinne "der Mitte" sei. Damit
26 möchten wir betonen, dass in Zeiten des klar erkennbaren Rechtsrucks das
27 Bewusstsein darüber geschärft werden muss und auch hinterfragt werden muss, wer
28 wirklich "unsere Feinde" sind.

29
30 Die Einstufung politischer Organisationen durch das Bundesamt für
31 Verfassungsschutz (BfV) müssen wir als politische Jugendorganisation kritisch
32 hinterfragen, denn das ist unser gutes Recht. Die Definition von
33 Linksextremismus durch das BfV beruhen nicht auf einer fundierten
34 wissenschaftlichen Grundlage. Vielmehr zeigt sich immer wieder, dass die Arbeit
35 und die Einschätzungen der Behörde politisch motiviert und durch die
36 Weltanschauungen einiger entscheidungsstarker Akteure beeinflusst sein können.

37 Deshalb fordern wir die SPD und die Jusos auf, sich mit der Roten Hilfe zu
38 solidarisieren und ihre Strukturen nach besten Kräften zu unterstützen – sowohl
39 vor Ort als auch überregional. Die Jusos Sachsen stellen sich entschlossen gegen
40 die Kriminalisierung, ein mögliches Verbot des Vereins und fordern eine
41 rechtliche und unabhängige Prüfung der BfV-Einschätzung.

42
43 Wir fordern desweiteren die SPD dazu auf, sich von ihrem
44 Unvereinbarkeitsbeschluss von 1924, auf den immer wieder verwiesen wird, zu
45 distanzieren. Der Verein Rote Hilfe e.V. wurde 1975 neu gegründet, die SPD 1945.
46 Die Strukturen haben sich seitdem verändert, sodass es unserer Auffassung nach
47 nicht sinnvoll und angemessen ist, an diesem Unvereinbarkeitsbeschluss
48 festzuhalten. Juristische Unterstützung ist ein Grundrecht aller. Wir sind der
49 Überzeugung, dass es an der Zeit ist, den Unvereinbarkeitsbeschluss abzulegen
50 und in eine konstruktive Auseinandersetzung zu gehen.

51 Denn ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf unsere Bewegung und unsere Ziele.

52 Wir sagen: Solidarität bleibt un verhandelbar und ist unsere Waffe im Kampf um
53 eine bessere Welt!